

PRESSEMITTEILUNG

24. Mai
2023

Landespflegerat
Baden-Württemberg
z.H.v. Susanne Scheck
Stafflenbergstr. 46
70184 Stuttgart
info@lpr-bw.de

DIE ZEIT IST REIF: PFLEGE. ENDLICH MIT UNS!

Der Landespflegerat Baden-Württemberg (LPR) ist hoch erfreut, dass das Gesetz zur Etablierung einer Landespflegekammer heute den Landtag passiert hat. „Wir sind wirklich froh, dass unsere Bemühungen Früchte tragen. Die Verabschiedung des Gesetzes heute im Landtag hat die Weichen für eine Pflegekammer in Baden-Württemberg gestellt und belohnt den Kampf der Pflegenden der letzten Monate. Die Zeit ist reif, dass die Profession Pflege die Chance erhält, eine legitimierte Struktur in Baden-Württemberg zu etablieren, um bei den politischen Entscheidungsprozessen eingebunden zu werden“, erklärt die LPR Vorsitzende Susanne Scheck.

Dass heute „ein historischer Tag für die Pflege im Land“ ist, ist sich ihr Stellvertreter Oliver Hommel sicher. Und auch die zweite stellvertretende Vorsitzende des LPR, Barbara Driescher, betont: „Wir stehen voll und ganz hinter dem Gesetz und werden die Chance nutzen und dem Sozialministerium zeitnah geeignete Kandidatinnen und Kandidaten für den Gründungsausschuss vorschlagen.“ Das Sozialministerium will nach der Verabschiedung des Gesetzes heute in kommenden sechs Wochen den Gründungsausschuss etablieren, der dann unmittelbar mit seiner Arbeit beginnen kann: der Registrierung der Pflegefachpersonen sowie der Wahlvorbereitung. Hierfür hat das Gremium laut Gesetz 18 Monate Zeit. „Wir rechnen mit der Wahl zur ersten Kammerversammlung im Dezember 2024“, führt Scheck den weiteren Zeitplan aus.

Einig ist sich der Vorstand des Landespflegerates über das manipulative Vorgehen von ver.di: „Leider zeigt sich auch heute ver.di wieder einmal von seiner besten Seite. Statt mit uns zusammen für bessere Arbeitsbedingungen, Qualität und faire Löhne in der Pflege zu kämpfen, zeigt die Gewerkschaft, die im Übrigen knapp gerade zehn Prozent der Pflegekräfte vertritt, ihr wahres Gesicht und wettet gegen die Selbstverwaltung der Profession, die sie eigentlich vertreten soll.“ ver.di schein nur am Erhalt der bestehenden Machtverhältnisse interessiert zu sein, erklärt Scheck und mutmaßt: „Die Gewerkschaft engagiert sich massiv, um Pflegekammern in den Bundesländern zu verhindern oder bekämpft diese. Dieses Vorgehen lässt bei mir die Frage aufkommen, warum ver.di die Etablierung einer Pflegekammer fürchtet und jegliche Selbstständigkeit der Profession Pflege im Keim ersticken will.“ Das zeige einmal mehr, wie wichtig die Pflegekammer sei, um ein wirklich demokratisch mandatiertes Gremium zu haben, das für die ganze Profession sprechen kann.

Diescher betont einmal mehr, wie wichtig der Dreiklang in der Pflege ist: ein gemeinsames Handeln von Gewerkschaften, Berufsverbänden und den Pflegekammern: „Es ist an der Zeit, dass ver.di sich konstruktiv einbringt. In den beiden Kammern in Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen sitzt die Gewerkschaft in der Kammerversammlung. Wir rufen sie daher herzlich auf, sich auch in Baden-Württemberg aktiv an der Selbstverwaltung zu beteiligen und gemeinsam mit uns die Pflege zu gestalten.“

Das einzige Argument, dass ver.di gegen die Pflegekammer immer wieder aufs Tableau bringt, sei die verpflichtende Mitgliedschaft. „Leider streut ver.di hier immer wieder Fakenews, was die Höhe der eventuellen Beiträge betrifft“, erklärt Hommel. „Diese werden von den Mitgliedern in der Kammerversammlung selbst festgelegt und werden voraussichtlich rund fünf Euro pro Monat betragen“, führt er weiter aus.

Eine verpflichtende Mitgliedschaft sei für die demokratische und unabhängige Legitimation der Pflegekammer unabdingbar, erklärt Scheck weiter: „Erst die Pflichtmitgliedschaft und damit die Teilhabe aller Pflegenden kann eine unabhängige Interessenvertretung gewährleisten. Für mich ist klar, dass die Pflege endlich eine starke Stimme braucht, die für die ganze Profession sprechen kann. Es ist an der Zeit, dass wir unsere Anliegen selbst in die Hand nehmen und uns eine Vertretung leisten, die für unsere Interessen professionell auf Augenhöhe mit den anderen politischen Akteuren eintritt“.

Susanne Scheck und Oliver Hommel sowie Philipp Strnad (Klinikum Stuttgart) verfolgen die Gesetzesabstimmung live vor Ort auf der Besuchertribüne und stehen auch im Anschluss für Fragen gerne zur Verfügung.

Minister Manne Lucha hat zudem nach der Lesung im Landtag zu einem weiteren Austausch eingeladen, dem neben Susanne Scheck und Oliver Hommel seitens des LPR auch weitere Mitstreiter für eine Pflegekammer beiwohnen: Anna Hunkemöller, Peter Koch, Ralf Pinkinelli, Thorsten Dietz und Philipp Strnad.

Über den Landespflegerat Baden-Württemberg:

In Baden-Württemberg gibt es ca. 110.000 Pflegekräfte, die ihren Beruf ausüben. Deren derzeit einzige Vertretung erfolgt über den Landespflegerat (LPR), der eine Landesarbeitsgemeinschaft von elf Berufsverbänden und Fachgesellschaften der Profession Pflege ist. Die von ihnen entsendeten 22 Vertreterinnen und Vertreter haben es sich zur Aufgabe gemacht – neben dem Engagement für die Errichtung einer Pflegekammer – auch die Qualitätsentwicklung in allen berufsrelevanten Feldern des Gesundheits-, Sozial- und Bildungswesen zu fördern, um eine qualitätsorientierte pflegerische Versorgung der Bevölkerung im Land Baden-Württemberg sicherzustellen.